

POSITIONSPAPIER - ACHT THESEN DES FÖS ZUR STROMPREISDEBATTE

## Energiewende als lohnende Zukunftsinvestition begreifen

Debatte um steigende Strompreise unterhöhlt die Energiewende



## INHALT

Einleitung .....	3
1 Die Energiewende ist eine lohnende Zukunftsinvestition.....	3
2 Die Strompreisentwicklung ist nicht allein auf den Ausbau erneuerbarer Energien zurückzuführen .....	4
3 Heiz- und Kraftstoffkosten sind das dringendere politische Handlungsfeld.....	4
4 Hohe Energiepreise setzen notwendige Effizianzanreize.....	4
5 Negative Effekte von Stromkosten zielgenau sozial abfedern .....	5
6 Gerechtere Kostenverteilung durch den Abbau von Industrieprivilegien erreichen .....	5
7 Konventionelle Energien verursachen Kosten außerhalb des Strompreises.....	6
8 Politische Instrumente zur Internalisierung der externen Kosten würden Wettbewerbsbedingungen für erneuerbare Energien marktkonform verbessern .....	6

## IMPRESSUM

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.

Schwedenstraße 15a

13357 Berlin

Tel +49 (0)30-7623991 - 30

Fax +49 (0)30-7623991 - 59

[www.foes.de](http://www.foes.de) • [foes@foes.de](mailto:foes@foes.de)

*Foto Titelseite: © M. Schuppich - fotolia.de*

*Druck: Die Umweltdruckerei, Hannover*

## EINLEITUNG

Die andauernde Debatte zu steigenden Strompreisen und Kostenverteilungsfragen hat mit dem Papier zur „Strompreissicherung“ der Minister Altmaier und Rösler vom 13. Februar 2013 einen neuen Höhepunkt erreicht. Fest steht: Die Energiewende und insbesondere die dafür notwendigen Investitionen brauchen robuste und durchdachte Rahmenbedingungen mit langfristiger Perspektive. Nicht zuletzt der vorgeschlagene „Energie-Soli“ hat zu einer erheblichen Verunsicherung am Markt geführt und gefährdet laufende Investitionsvorhaben. So werden die Ziele des Energiekonzepts der Bundesregierung konterkariert. Grundsätzlich halten wir als Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft eine drastische Beschneidung des EEG daher für wenig zielführend. Aber auch eine Senkung der Stromsteuer, wie sie von Linken, FDP und Teilen der SPD ins Spiel gebracht wird, lehnen wir ab.

Denn was in der Debatte gerne vergessen wird: Eine pauschale „Strompreissicherung“ setzt für die Verbraucher\_innen die falschen Anreize in puncto Energieeffizienz. Die Effekte steigender Strompreise sollten dort abgefedert werden, wo es sozial notwendig ist. Aber letztlich gilt für alle Stromverbraucher\_innen: Höhere Energiepreise machen Einsparungen attraktiver. Die Energieeffizienz zu steigern ist für die Energiewende essentiell und bisher ein Bereich, der noch völlig unterbelichtet ist - so auch das Ergebnis des ersten Monitoring-Berichts zur Energiewende. Eine Senkung der Strompreise ist als soziales Instrument wenig zielgenau und für Menschen mit geringen Einkommen völlig unzureichend - zumal das eigentlich drängende Problem die Heizkosten sind. Bekämpft werden müssen Armut und Energieverschwendung - nicht die Energiewende!

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft fordert eine Energiepolitik, die Zweck und Nutzen der Energiewende hartnäckig kommuniziert, um Akzeptanz für die Anfangsinvestitionen wirbt und für eine (verursacher-) gerechte Kostenverteilung mit sozialer Abfederung eintritt. Die folgenden Punkte fassen unsere Positionen und Argumente zum Thema „Kosten der Energiewende“ zusammen.

### 1 Die Energiewende ist eine lohnende Zukunftsinvestition

Eine konsequent umgesetzte Energiewende zielt auf die Sicherung unserer Lebensgrundlagen und ist ein wichtiger Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. **Die Energiewende verursacht nicht nur Kosten, sondern hat einen vielfältig gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen.** Das Bundesumweltministerium hat dies bereits mithilfe mehrerer wissenschaftlicher Untersuchungen eindrucksvoll belegt.<sup>1</sup> **Der Wert der vermiedenen Umweltschäden, Beschäftigungs- und Innovationswirkungen des Ausbaus erneuerbarer Energien bewirkt bereits heute eine positive Bilanz.** Diese Argumente müssen in Zukunft durch weitere Forschungen untermauert und deren Ergebnisse besonders hartnäckig und überzeugend in der Öffentlichkeit kommuniziert werden, um so die Akzeptanz für die Energiewende zu stärken. Die Aussage des Bundesumweltministers, dass die Energiewende 1 Billion Euro kosten könnte - und 300 Milliarden davon eingespart werden könnten, ist daher etwas verwirrend.<sup>2</sup> **Laut der „Leitstudie“ des Bundesumweltministeriums kostet die Energiewende noch nicht einmal die 300 Milliarden Euro, die mit den „Strompreisbremse“-Vorschlägen eingespart werden sollen.**<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> u.a. [„Kosten- und Nutzenwirkungen des Ausbaus erneuerbarer Energien im deutschen Strom- und Wärmemarkt“](#)

<sup>2</sup> Siehe [FÖS Kurzanalyse](#) 2013 und [FAZ](#) vom 19.02.2013

<sup>3</sup> Siehe BMU [Leitstudie](#) 2012

## 2 Die Strompreisentwicklung ist nicht allein auf den Ausbau erneuerbarer Energien zurückzuführen

Der durchschnittliche Strompreis für private Haushalte ist von 13,9 Ct/kWh im Jahr 2000 auf 28,5 Ct/kWh im Jahr 2013 gestiegen.<sup>4</sup> Für diese Entwicklung gibt es ganz unterschiedliche Hintergründe, und die EEG-Umlage erklärt mit einem Anteil von heute 5,3 Ct/kWh nur knapp ein Drittel des Preisanstiegs. Der Ausbau erneuerbarer Energien hat teilweise sogar preissenkende Effekte, weil teurere konventionelle Kraftwerke aus dem Markt verdrängt werden. Aber dieser so genannte **Merit-Order-Effekt wird kaum an Endverbraucher\_innen weitergegeben**. Zudem kann auch die EEG-Umlage nur eingeschränkt als geeigneter Indikator für die Kosten der Energiewende herangezogen werden, da ihre Höhe durch unterschiedliche Mechanismen bestimmt wird, die nicht unmittelbar mit dem Ausbau erneuerbarer Energien zusammenhängen. **Da eine Erneuerung unseres Kraftwerksparks auch ohne Energiewende notwendig wäre, sind ohnehin hohe Investitionen in unser Stromsystem erforderlich**. Diese notwendigen Investitionen können am bestehenden Energy-Only-Markt aber nicht refinanziert werden.<sup>5</sup> Die Strompreisentwicklung allein auf die Förderung erneuerbarer Energien zurückzuführen, ist daher eine unsachliche Argumentation und bedarf einer differenzierteren Darstellung und Kommunikation.

## 3 Heiz- und Kraftstoffkosten sind das dringendere politische Handlungsfeld

Die **Kosten für Heizung und Warmwasser sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als die für Strom**. So geben die privaten Haushalte zwei Drittel ihrer Energiekosten für Heizung und Warmwasser aus. Dabei sind die Preise für Heizöl und -gas seit 1998 um 300 bzw. 100 Prozent gestiegen, während die Strompreise im selben Zeitraum ungleich geringer um 67 Prozent **angestiegen sind**. Private Haushalte verwenden im Durchschnitt 2,1 Prozent ihres Nettoeinkommens für Stromkosten, aber 2,7 Prozent für Heizkosten.<sup>6</sup> **Daher sehen wir die Entwicklung der Heiz- und Kraftstoffkosten als das dringendere politische Handlungsfeld**. Zentral ist dabei, nicht die Preise als Problem anzusehen, sondern auf die Kosten zu zielen, und diese lassen sich durch das Senken des Verbrauchs in Grenzen halten.

## 4 Hohe Energiepreise setzen notwendige Effizienzreize

In der Debatte um steigende Stromkosten und deren Begrenzung wird ein entscheidender Aspekt oftmals komplett außer Acht gelassen: **Höhere Strompreise sind ganz zentrale Anreize für stärkere Einspar- und Effizienzbemühungen. Der billigste Strom ist der, der nicht verbraucht wird**. Grundsätzlich fördern entsprechende Preissignale bei Verbraucher\_innen die Anreize für Einsparungen und Investitionen in Effizienz. Preissignale sind das klassische umweltökonomische Instrument, das es im Gegensatz zu ordnungsrechtlichen Vorgaben dem Markt überlässt, die kostengünstigsten Einsparoptionen zu finden. Preise müssen daher nicht nur die ökonomische, sondern auch die ökologische Wahrheit sagen. So ist die Ökologische Steuerreform bis heute eines der wirksamsten Instrumente für mehr Energieeffizienz. Durch Energie- und Stromsteuern wurden alleine zwischen 2008 und 2010 89,1 Petajoule Energie eingespart - das entspricht ungefähr der gesamten Stromerzeugung eines Atomkraftwerkes im selben Zeitraum. Wer aus vorgeblichen oder tatsächlichen sozialen Gründen die Stromsteuer senken oder gar das EEG aushöhlen will, senkt die Effizienzreize und unterhöhlt damit die Energiewende. Derartige Maßnahmen sind sozial unzureichend und nicht zielgenau, da sie Geringverdiener und Einkommensmillionäre, Singlehaushalte wie Großfamilien gleich behandeln.

---

<sup>4</sup> BDEW (2013): Erneuerbare Energien und das EEG: Zahlen, Fakten, Grafiken.

<sup>5</sup> FÖS (2012): [Ausweisung der EEG-Umlage: eine kritische Analyse](#), Teilstudie im Auftrag von Greenpeace e.V.

<sup>6</sup> Daten für 2010 des Statistischen Bundesamtes.

## 5 Negative Effekte von Stromkosten zielgenau sozial abfedern

Die Frage der gerechten Verteilung von zusätzlichen Kosten gefährdet die Akzeptanz für die Energiewende in breiten Bevölkerungsschichten. Eine Abfederung möglicher negativer Energiekosteneffekte ist dort notwendig, wo soziale Härten vermieden werden müssen. Bei der Umsetzung der Energiewende muss die begrenzte Leistungsfähigkeit einkommenschwacher Haushalte besondere Berücksichtigung finden. Diese Bevölkerungsgruppe, rund 20 Prozent aller Haushalte, darf weder von Maßnahmen der Energiewende (wie z.B. Gebäudesanierungen, Effizienztechnik in Haushalten) abgekoppelt werden, noch bei der Bewältigung steigender Energie- und Mietkosten allein gelassen werden. Dazu sollten **Sozialtransfers wie ALG II, BAföG, Wohngeld oder Grundsicherung im Alter zeitnah um die steigenden Energiekosten pauschaliert aufgestockt werden** (auf Grundlage von Preisprognosen oder indem vierteljährlich die tatsächlichen Verbrauchswerte der Referenzgruppe gemittelt werden). **Durch einen verbrauchsunabhängigen Zuschuss wird energiesparendes Verhalten belohnt.** Die Erstausrüstung bzw. Ersatzausstattungen von Wohnungen im Rahmen des Arbeitslosengeldes sollten zudem mit energieeffizienten Geräten der höchsten Effizienzklasse erfolgen. Gezielte Energiesparprogramme und Energieberatung für diese Haushalte können dazu beitragen, trotz steigender Energiepreise den Anstieg der monatlichen Energierechnung durch Einsatz effizienterer Geräte und Beleuchtung erheblich zu verringern. Das stellt sicher, dass die Energiewende und die damit verbundene Transformation der Wirtschaft sozial gerecht sind.

## 6 Gerechtere Kostenverteilung durch den Abbau von Industrieprivilegien erreichen

Die Besondere Ausgleichsregelung (BesAR) und das Eigenstromprivileg bei der EEG-Umlage führen zu zusätzlichen Belastungen für private Haushalte und nicht begünstigte Unternehmen. Ohne die Ausnahmen für die Industrie läge die EEG-Umlage für private Haushalte im Jahr 2013 bei 3,8 statt 5,3 Ct/kWh.<sup>7</sup> Der Strompreis könnte also um 1,5 Ct/kWh niedriger sein, ohne die Ziele der Energiewende zu gefährden. Im Gegenteil würden so auch die Effizienzreize für die Industrie verbessert, womit der Umstieg auf eine Komplettversorgung durch erneuerbare Energien sogar deutlich erleichtert würde. Die politische Herausforderung wird es sein, die Entlastungsregelung auf ein für die Wettbewerbsfähigkeit notwendiges Maß zu begrenzen. **Daher begrüßen wir den Ansatz im Vorschlag zur „Strompreissicherung“ der Minister Altmaier und Rösler die Industrierabatte einzuschränken.** Insbesondere unterstützen wir die Initiative, den bisher komplett von der Umlage befreiten eigens erzeugten und verbrauchten Strom zukünftig an den Umlagekosten zu beteiligen. Auch der Plan, die Mindest-Umlage der privilegierten stromintensiven Unternehmen anzuheben, ist sehr begrüßenswert. Entscheidend wird hier allerdings sein, dass die Mindestumlage wenigstens um den börsenpreissenkenden Merit-Order-Effekt (im Jahr 2011 bereits auf 0,87 Ct/kWh geschätzt<sup>8</sup>) erhöht wird, um zu vermeiden, dass industrielle Stromverbraucher Nettogewinner des EEG sind, während private Verbraucher\_innen übermäßig belastet sind.

**Insgesamt sehen wir im Abbau von Industrievergünstigungen ein deutlich größeres Potential für Kosteneinsparungen als bei dem Vorschlag der Minister Altmaier und Rösler.** Darin ist die Rede von einer Kosteneinsparnis von 700 Mio. Euro. Das entspricht einer Entlastung der EEG-Umlage von knapp 0,2 Ct/kWh. Durch eine Abschaffung des Eigenstromprivilegs, eine Begünstigungsbeschränkung auf stromintensive Prozesse und Herstellungsverfahren sowie eine angemessene Beteiligung des begünstigten Stromverbrauchs in Höhe von 0,9 Ct/kWh<sup>9</sup> ergibt sich ein Einsparpotential von rund 5 Mrd. Euro (für 2013).<sup>10</sup> **Die im Papier zur**

<sup>7</sup> FÖS (2012): [Mehrkosten für private Haushalte durch die Begünstigungen der stromintensiven Industrie](#), im Auftrag der Bundstagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

FÖS (2012): [Industriebegünstigungen bei der EEG-Umlage und deren Auswirkung auf die restlichen Stromverbraucher](#), im Auftrag von Campact e.V.

<sup>8</sup> Sensfuß 2012

<sup>9</sup> 0,92 Ct ergeben sich aus der bisherigen reduzierten Umlage von 0,05 Ct/kWh plus dem Merit-Order-Effekt in Höhe von 0,87 Ct/kWh (Sensfuß 2012).

„Strompreissicherung“ angekündigte Kostenersparnis in Höhe von 700 Mio. Euro entspricht also nur einem Bruchteil der möglichen rund 5 Mrd. Euro Kostenersparnis, die durch eine ambitionierte Rückführung der Industrieausnahmen möglich ist.

## 7 Konventionelle Energien verursachen Kosten außerhalb des Strompreises

Die Marktfähigkeit erneuerbarer Energieträger ist vor allem deshalb noch nicht erreicht, weil die konventionellen Stromerzeugungstechnologien bisher einen Großteil ihrer Kosten nicht in Rechnung gestellt bekommen.

Der niedrige Börsenstrompreis im Vergleich zu den höheren Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien erweckt den Eindruck von vermeintlich kostengünstigeren konventionellen Energietechnologien. Allerdings wird in dieser Betrachtungsweise **ein Großteil der gesellschaftlichen Kosten der konventionellen Energien nicht abgebildet**: Kosten infolge staatlicher Förderungen und durch Umwelt- und Klimabelastungen werden bisher von der Gesellschaft getragen und sind im Strompreis nur unvollständig enthalten. Fossile Energien wie Erdgas und Kohle belasten beispielsweise das Klima mit CO<sub>2</sub> Emissionen und Atomenergie birgt potenziell teure Risiken eines nuklearen Unfalls sowie zukünftige Kosten durch Altlasten. Diese externen Kosten müssten entsprechend des Verursacherprinzips und für eine Bewertung der Marktfähigkeit verschiedener Technologien internalisiert werden. **Unter Berücksichtigung der staatlichen Förderung und externer Kosten wären die Marktpreise für konventionell erzeugten Strom im Jahr 2012 deutlich höher gewesen als der durchschnittliche Börsenstrompreis von 5,4 Ct/kWh.** Die Gesamtkosten für Strom aus Braun- und Steinkohlekraftwerken summieren sich im Jahr 2012 auf 15,6 bzw. 14,8 Ct/kWh und für Atomenergie sogar auf mindestens 16,4 Ct/kWh.<sup>11</sup> **Im Vergleich zu diesen „wahren Kosten“ der konventionellen Energien wird deutlich, dass einige erneuerbare Energien demgegenüber heute schon wettbewerbsfähig sind und zu günstigeren Kosten Strom erzeugen.** Summiert man externe Kosten und staatliche Förderungen der konventionellen Energien, ergäbe sich eine „konventionelle-Energien-Umlage“ von über 10 Ct/kWh - das ist fast doppelt so viel wie die EEG-Umlage im Jahr 2013.

## 8 Politische Instrumente zur Internalisierung der externen Kosten würden Wettbewerbsbedingungen für erneuerbare Energien marktkonform verbessern

Die verursachergerechte Einpreisung externer Kosten kann prinzipiell über verschiedene politische Instrumente erreicht werden. Ein an CO<sub>2</sub>-Emissionen und Energiegehalt orientierter Energiesteuertarif, die flächendeckende Einführung von Abgaben auf Ressourcen- und Wasserentnahme sowie die Abschaffung verschiedener Ausnahme- oder Ermäßigungstatbestände würden die heute bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der Stein- und Braunkohle auf dem Energiemarkt mindern. Reformen des Europäischen Emissionshandels, wie etwa die Absenkung der absoluten Emissionsmenge (Cap), können ebenfalls ein stärkeres Preissignal zugunsten emissionsärmerer Technologien schaffen und sollten auf Europäischer Ebene vorangetrieben werden. Bei der Atomenergie bieten sich eine Änderung des Atomhaftungsrechts und eine Anhebung der Kernbrennstoffsteuer zur besseren Abbildung der Risiko- und Folgekosten an.<sup>12</sup> **Diese Maßnahmen würden einen Beitrag zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen leisten**, die Ausgangsbedingungen für erneuerbare Energien verbessern und durch eine **Erhöhung des Börsenstrompreises zu einer Verringerung der EEG-Umlage** führen.

---

<sup>10</sup> Vgl. Reformkonzept aus FÖS (2012): [Reform der Begünstigung der Industrie bei der EEG-Umlage](#), im Auftrag von Greenpeace.

<sup>11</sup> FÖS (2012): [Was Strom wirklich kostet](#). Vergleich der staatlichen Förderungen und gesamtgesellschaftlichen Kosten von konventionellen und erneuerbaren Energien im Auftrag von Greenpeace Energy und dem Bundesverband Windenergie.

<sup>12</sup> FÖS (2010): [Argumentationsleitfaden Kernbrennstoffsteuer](#)  
FÖS (2012): [Externe Kosten der Atomenergie und Reformvorschläge zum Atomhaftungsrecht](#)

## LISTE WEITERER FÖS-PUBLIKATIONEN ZUM THEMA (STAND 03/2013)

- FÖS 2013: Die Kosten der Energiewende - Wie belastbar ist Altmaiers Billion? Verfügbar unter [http://www.foes.de/pdf/2013-03\\_Kurzanalyse\\_Energiewendekosten\\_Billion.pdf](http://www.foes.de/pdf/2013-03_Kurzanalyse_Energiewendekosten_Billion.pdf)
- FÖS 2012: Ausweisung der EEG-Umlage: Eine kritische Analyse. Verfügbar unter <http://www.foes.de/pdf/2012-11-14-EEG-Umlage-kritisch-analysiert.pdf>
- FÖS 2012: Reform der Begünstigung der Industrie bei der EEG-Umlage. Verfügbar unter <http://www.foes.de/pdf/2012-10-EEG-Umlage-Industrieverguenstigungen.pdf>
- FÖS 2012: Was Strom wirklich kostet. Verfügbar unter [http://www.foes.de/pdf/2012-08-Was\\_Strom\\_wirklich\\_kostet\\_kurz.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-08-Was_Strom_wirklich_kostet_kurz.pdf)
- FÖS 2012: Klimaschutzorientierte Reform statt Senkung der Stromsteuer. Verfügbar unter [http://www.foes.de/pdf/2012-12\\_FOES\\_Diskussionspapier\\_Stromsteuersenkung.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-12_FOES_Diskussionspapier_Stromsteuersenkung.pdf)
- FÖS 2012: Strompreise in Europa und Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie. Verfügbar unter <http://www.foes.de/pdf/2013-01-Industriestrompreise-Wettbewerbsfaehigkeit.pdf>
- FÖS 2012: Mehrkosten für private Haushalte durch die Begünstigungen der stromintensiven Industrie. Verfügbar unter [http://www.foes.de/pdf/2012-10-Verguenstigungen\\_Industrie\\_Mehrkosten\\_Haushalte.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-10-Verguenstigungen_Industrie_Mehrkosten_Haushalte.pdf)
- FÖS 2012: Be- und Entlastung der Industriestrompreise durch die Energiewende. Verfügbar unter [http://www.foes.de/pdf/2012-09-Industrie\\_Strompreise\\_Energiewende.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-09-Industrie_Strompreise_Energiewende.pdf)
- FÖS 2012: Externe Kosten der Atomenergie und Reformvorschläge zum Atomhaftungsrecht. Verfügbar unter [http://www.foes.de/pdf/2012-09-Externe\\_Kosten\\_Atomenergie.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-09-Externe_Kosten_Atomenergie.pdf)
- FÖS 2012: Strom- und Energiekosten der Industrie - Pauschale Vergünstigungen auf dem Prüfstand. Verfügbar unter <http://www.foes.de/pdf/2012-06-14-FOES-IZES-Verguenstigungen-Industrie-lang.pdf>

## DAS FÖS

Das „FÖS“ wurde 1994 als gemeinnütziger Verein gegründet. Seinerzeit lag der Schwerpunkt auf der Einführung einer Ökologischen Steuerreform in Deutschland. Unser mittlerweile erweiterter Fokus umfasst alle Elemente ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik, neben Umweltsteuern also auch den Emissionshandel, den Abbau umweltschädlicher Subventionen, die Förderung erneuerbarer Energien oder eine „Grüne Beschaffungspolitik“ des Staates. Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit weiteren Elementen einer intelligenten Steuerpolitik, wie z.B. der Finanztransaktionsteuer. Wir arbeiten mit vielen anderen Organisationen zusammen, auch weit über Deutschland hinaus. So haben wir im September 2008 mit europäischen Partnern Green Budget Europe als europaweiten Dachverband für politische Lobbyarbeit im Bereich umweltökonomischer Instrumente und marktwirtschaftlicher Umweltpolitik gegründet.

## MITGLIED WERDEN

Sie wollen Mitglied beim FÖS werden? Das geht ganz unkompliziert über unsere Website unter: <http://www.foes.de/mitglied-werden/>

**„Wer umweltfreundlich produziert und konsumiert, soll weniger bezahlen als jene, die Umwelt und Klima verschmutzen.“**

Wahlprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2009

**„Unser Steuer- und Abgabensystem macht gerade das teuer, was wir am dringendsten brauchen: Arbeitsplätze. Dagegen ist das, woran wir sparen müssen, eher zu billig zu haben: Energie- und Rohstoffeinsatz. Dieses Ungleichgewicht müssen wir wieder stärker ins Lot bringen“**

Zukunftsprogramm der CDU, 1998

**„(Wir) werden (...) die Abgabenbelastung durch eine ökologische Steuerreform verringern.“**

Wahlprogramm der SPD, 1998

**„Dazu bedarf es des Einsatzes marktwirtschaftlicher Instrumente, insbesondere auch der Einführung von Umweltzertifikaten und einer Reform des Steuersystems, in der die Belastung von Arbeitsplätzen (...) abgebaut und dafür die steuerliche Belastung umweltschädigenden Verbrauchs erhöht wird.“**

Wiesbadener Programm der FDP, 1997

**„DIE LINKE tritt für ökologische Steuern mit einer wirksamen Lenkungsfunktion in Richtung Senkung des Ressourcenverbrauchs ein.“**

Grundsatzprogramm DIE LINKE, 2011

Die Publikation wurde gefördert von:



Die vertretenen Inhalte stimmen nicht notwendigerweise mit den Positionen der Förderer überein.